

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

194 (27.8.1909) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 90 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 367 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Stern und Blumen“**.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familientisch“**.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeitspalte oder deren Raum 25 Pfg. Restanten 60 Pfg. Totalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.

K. Ernst Wassermann.

Weshalb? Weshalb nicht? Das ist heute die Staatsfrage der Nationalliberalen. Mit diesem Fragepiel wird die Sauregurkenzeit der liberalen Presse ausgefüllt. Die Schildknappen Wassermanns: die Abgeordneten Weber, Stresemann und Jägermann — drei „Antitranomantane“ ersten Ranges — legen abwechselnd die Trompete an den Mund, um einmal sein Geheiß, dann sein Geheiß zu tonen. Wir fürchten ernsthaft für die Gesundheit des nationalliberalen Führers, wenn er noch lange der Mittelpunkt dieser Anstiftungen ist. Aber man hat ja inzwischen auch erfahren, warum das Fragepiel einseitig ist. Herr Wassermann sucht ein neues Mandat. Im Jahre 1893 fing er in Mannheim an; 1898 mußte er nach Jena, 1903 fiel er in Karlsruhe durch; 1904 erbarnten sich die Konventionen seiner und ließen ihn in Frankfurt a. O. unterkommen; 1906 verzichtete Reichspartei und Freireinigung auf Hoverswerda, um ihm Platz zu machen; aber schon wird ihm ganz deutlich gesagt, daß er auch hier auf eine Wiederwahl nicht mehr rechnen könne. Ein solches Wanderverlehen ist bitter für den Führer der Liberalen; das kann schon Herzblut erzeugen, besonders wenn man bedenkt, daß die Nationalliberalen seit ihrem Versehen nicht in eine solche Sackgasse geraten sind, wie unter der glorreichen Führung Wassermanns. So lieh man verlinkden, daß er sich vom parlamentarischen Leben zurückziehen werde. Der Zweck der Uebung war der, ein Mandat für ihn zu erhalten. Die liberalen Größen hoffen, daß nun ganz Deutschland in Jammern und Wehklagen ausbrechen würde, daß man sich allerorts des Heimatslosen erbarmen werde und daß die Anträge aus sicheren Kreisen gleich bündig kommen würden. Aber man täuscht sich; denn alles ging ruhig seine Wege weiter; eine bittere Enttäuschung für Wassermann. Nur seine Leibgarde stimmte eine Totenklage an, aber das bedeutet nichts. Da zog er denn selbst von Nordern aus, wo er mit Wilh. von Bloch vertraut, in den politischen Krieg und wollte den Kreis Gmunden-Beer, den heute die freireinigungseinigigkeit hat, für sich erobern. Es kam aber nicht zur offenen Kriegsanlage, sondern der nationalliberale Fruchtwille als Friedensprediger in den Bau schlichen; von der liberalen Einigung wollte er reden. Wie es ihm aber ging, plaudert die „Magdeburger Zeitung“ aus, indem sie sich von Gmunden schreiben läßt:

Am gestrigen Abend fand in Leer (Westfälischland) eine stark besuchte Propagandaversammlung der Nationalliberalen statt, für die die Reichstagsabgeordneten Wassermann, Dr. Weber und Dr. Stresemann als Sprecher ausgesagt waren. Mit besonderer Spannung wurden die Ausführungen des Abgeordneten Wassermann erwartet, da er ganz unerwartet für Leer, Nordern und Norden als Redner angenommen worden war. Auch Gmunden war in Aussicht genommen worden, doch lehnte man hier ab. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß man das plötzliche Hervortreten Wassermanns damit in Verbindung bringen zu müssen glaubte, daß für ihn ein neuer Wahlkreis gesucht werden soll. Dafür aber, daß etwa der hannoversche Wahlkreis dafür in Anspruch genommen werden soll, würden die vereinigten Nationalliberalen und Linkenliberalen in Gmunden nicht zu haben sein. Es wird hier nämlich an dem Ueberkommen stillschweigend festgehalten, daß das Reichstagsmandat, wie angekündigt, durch die Linkenliberalen, das Landtagsmandat durch die nationalliberale Richtung belegen sollen.

Dieser Notiz sieht auch wörtlich im „Frankfurter Kurier“ Nr. 439.

Wah! Also endgültig abgeblüht. Das ist eine zweite bittere Enttäuschung. Was nicht es da, daß der Chef des nationalliberalen Pressebureaus im „Tag“ einen Lobgesang auf Wassermann anstimmte? Auch das scheint nicht das erhoffte Mandat. Nur will Wassermann ins Land der Sachen reiten, um gegen die Konventionen zu streiten; dann erhält er natürlich im roten Sachsen erst recht keinen Platz. In seinen Reden hat sich der nationalliberale Parteiführer auch mit dem Hanjabunde und mit dem neuen Bauernbunde befaßt. Seine Aeußerungen über diese beiden neuen Organisationen sind von großem Interesse. Es wird ja immer behauptet, daß weder der Hanjabund noch der neue Bauernbund parteipolitisch gefährdet sei. Man hat es uns höflich lächelnd genommen, wenn wir vom liberalen neuen Bauernbunde sprachen und vom liberalen Hanjabunde. Nun hat Herr Wassermann in Leer nach dem Bericht nationalliberaler Blätter ausdrücklich gesagt, daß in dem Hanjabunde eine Organisation erwache, die wenn sie richtig geleitet werde, dazu dienen könne, den liberalen Gedanken zu fördern. Keimlich hat er sich auch über den neuen Bauernbund ausgesprochen; auch von ihm erhofft er eine kräftige Förderung des Liberalismus. Wir begnügen uns damit, das hiermit festzusetzen, als einziges Wertvolle aus der ganzen Rede Wassermanns.

Wassermann hat keine Partei in den Sinn geführt; bis 1906 hatten die Nationalliberalen eine große Bedeutung, weil ohne sie keine positive Mehrheit möglich war. 1907 richteten sie gar zur Krone des Wlodes auf. Wassermann wurde politischer Flügeladjutant bei Wilh. In diesen Tagen konnte man im Reichstage so recht die Wahrheit des alten Sages erkennen: Hochmut kommt vor dem Fall! Da ging es so weit, daß man in Reichstagskreisen folgenden blutigen Scherz erzählte: Der Jar von Nilsland leide an Größenwahn, er meinte: er sei Wassermann. Da entfiel die Kunde von der Nobilitierung Wassermanns (3 Frauenfedern sollten sein Wappen

schmücken), damals hieß es, daß er Staatssekretär im Reichsjustizamt werde, ja, daß ihm ein Votivhasteposten angeboten werden würde und liberale Blätter versicherten uns, daß es der Bedeutung Wassermanns nicht entspreche, wenn er immer nur „Herr Stadtrat“ angeprochen werden müsse. Wie ein früherer nationalliberaler Abgeordneter bisig erzählte, habe seine Tochter endlich erreicht, daß sie mit der Fürstin Wilton Blumen verkaufen dürfe usw. Die Sonne Wassermanns stand im Zenith und man muß nur ihn selbst erleben haben, wie er materlich neben dem Präsidenten stand und dessen Stuhl umsopte, das Bild zu dem folgen Wort: „Dies alles ist mir untertänig!“

Aus dieser Wolke der Selbstverherrlichung nun der Sturz in die Tiefe der Selbstauschaltung — das war ein großer Sprung und im Sturz rih er seine ganze Partei mit. Anfangs war man stolz auf diese Hebelstat, heute schon friert er in der kalten Vereinsammlung und da der neue Reichstanzler ihn nicht einladet, tröstet er den, der vor ihm fiel. Wir können den Liberalen nur auf lange Zeit einen solchen Führer wünschen; neben dem politischen Vorteil für das Zentrum erwächst uns allen auch ungeteilte Vergnügen aus dessen Gefreiztheit.

4. Finanzreform und christliche Gewerkschaften.

Dieses Kapitel behandelt das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ in Nr. 17 vom 23. August. Einleitend bespricht dasselbe die Zweckmäßigkeit des politisch-neutralen Charakters der christlichen Gewerkschaften, die Stellung derselben zur Finanzreform und die Angriffe auf die Arbeiterabgeordneten aus den evangelisch-liberalen Kreisen sowie von seiten der sozialdemokratischen Presse. Zum Schluß wird folgendes festgesetzt:

1. Die christliche Arbeiterbewegung treibt keine einseitige Klassenpolitik. Ihr Ziel ist vielmehr der Arbeiterstand als gleichberechtigte Stellung in Staat und Gesellschaft zu erringen. Die der Lohnarbeitertand entsprechende seiner Zahl und seiner Bedeutung für unser Wirtschaftsleben mit vollem Recht beanspruchen kann. Die christlichen Gewerkschaften haben die direkte Aufgabe, diese Gleichberechtigung vor allem im Wirtschaftsleben zur Geltung zu bringen. Die christlichen Arbeiter sind jedoch ebenso sehr an der Verwirklichung dieser Gleichberechtigung im allgemeinen Staatsbürgerlichen Leben interessiert. An dieser letzteren Aufgabe können die christlichen Gewerkschaften sich jedoch nicht direkt beteiligen. Die christlichen Arbeiter sind hier angewiesen auf eine entschiedene Betätigung innerhalb der Parteien, denen sie angehören. Es sind hier in den letzten Jahren erhebliche Erfolge zu verzeichnen. In den Parlamenten der Einzelstaaten, im deutschen Reichstage und in ganz erheblicher Weise in den Gemeinderatkollegien sind eine Anzahl christlicher Arbeiter tätig als gewählte Vertreter der bürgerlichen Parteien.

2. Die Stellung der Arbeiterabgeordneten innerhalb der bürgerlichen Parteien ist ganz zweifellos eine recht schwierige. Die Durchdringungspolitik, wie sie Kollege Stierwald in Köln auf dem Gewerkschaftskongreß in den Vordergrund gestellt hat, erfordert eine jähe ausdauernde Tätigkeit. Wollen unsere Arbeiterabgeordneten innerhalb der bürgerlichen Parteien Einfluß gewinnen, wollen sie Verständnis für die soziale Lage der arbeitenden Klasse und Berücksichtigung ihrer dringenden Wünsche erzielen, so können sie in Fragen politischer Art nicht die Solidarität mit den Parteien verweigern, innerhalb denen sie stehen. Mit dieser Lastade müssen sich unsere christlichen Arbeiter abfinden. Auch wir stehen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung. Auch wir wollen die Erhaltung der christlichen Welt- und Lebensauffassung als leitenden Kulturfaktor. Auch wir wollen, daß unser Vaterland in der Lage ist, die Ehre und das Ansehen der Nation nach innen und nach außen hin kraftvoll verteidigen zu können. Daraus resultiert für uns die Pflicht, dem Staate und der Nation die Opfer zu bringen, die sie gerechter und billiger Weise von den Bürgern verlangen können, um die nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben durchzuführen zu können. Eine gewisse Solidarität zwischen uns und den bürgerlichen Parteien ergibt sich diesem Verhältnis nach naturnotwendig. Nichts wäre deshalb verfehler, als wenn sich unsere Mitglieder heute durch das Geschehen der Sozialdemokratie beeinflussen ließen und infolge der Unzufriedenheit mit den neuen Steuern einer Berärgerungspolitik gegenüber den bürgerlichen Parteien Raum geben würden, die im letzten Grunde der Sozialdemokratie zugute käme zum Schaden nicht zuletzt der christlichen Gewerkschaften.

3. Es ist ein einziger böshafter Volksbeitrag, wenn die Sozialdemokratie den Arbeitern vorgaukelt, es sei gegenwärtig die politische Möglichkeit gegeben, im Deutschen Reiche die indirekten Steuern zu beseitigen oder ohne dieselben bei einer Forderung von 500 Millionen neuer Steuern auch nur auszukommen. (Das ist der Punkt, an welchem auch die von Stadtpfarrer Dr. K e u r e i n ausgesprochenen Ansichten einfach schein-

tern. Politische Möglichkeit und akademische Erörterung sind doch zwei Paar Stiefel. D. N.) Der wirkliche Volksverrat und Arbeiterverrat liegt auf seiten derjenigen, die prinzipiell und grundsätzlich dem Staate alle Mittel verweigern zur Durchführung seiner nationalen, sozialen und wirtschaftspolitischen Aufgaben und in einem Kleinigkeit die allergrößten Anforderungen sozialer und wirtschaftlicher Natur an das Reich stellen. Nicht das sächlich wohlverstandene Interesse der Arbeiter ist es, welches die Sozialdemokratie bewegt, diese Agitation zu entfalten, sondern ausschließlich das Streben nach Verbeugung der Volksmassen im Interesse der sozialdemokratischen Parteipropaganda. Es hieße aber unsere christlichen Gewerkschaftler politisch und gewerkschaftlich tief einschlagen, wenn man befürchten müßte, daß sie auf diese Methode der Sozialdemokratie hereinfallen. Die Art der Verbeugung der bürgerlichen Arbeiter gegen ihre Führer und gegen die bürgerlichen Parteien ist nun doch schon so oft erfolglos versucht, als daß ihr jetzt eine große Wirkung beigemessen werden könnte.

4. Es ist nicht zu verkennen, daß die Funktionen und Vertrauensmänner unserer christlichen Gewerkschaften in einer schwierigen Situation sich befinden. Sie werden sehr oft vor die Frage gestellt werden, die Taten der bürgerlichen Parteien bei der Steuerreform zu verteidigen oder zu verleugnen. Demgegenüber muß daran festgehalten werden, daß Auseinandersetzungen parteipolitischer Art in unseren Mitgliederversammlungen grundsätzlich zu vermeiden sind und daß es jedem unbenommen ist, vom politischen Gesichtspunkte aus seinen Ansichten und Meinungen über die Steuerreform beliebigen Ausdruck zu geben an den Stellen, die dazu geschaffen sind: bei den bürgerlichen Parteien und ihren Parteianlagen.

5. Bei der Verurteilung der parlamentarischen Tätigkeit der christlichen Arbeiterabgeordneten spielt vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Ziele aus die Haltung derselben bei der Steuerreform eine untergeordnete Rolle. Soweit die soziale Gesehgabung in Frage kommt, die gegebenenfalls auch unserer Verurteilung als Gewerkschaftler unterliegt, haben in der kurzen Zeit ihrer parlamentarischen Tätigkeit unsere christlichen Arbeiterabgeordneten ihre Pflicht und Schuldigkeit getan und sich in vollstem Maße des Vertrauens würdig gezeigt, welches die christlichen Arbeiter in sie gesetzt haben. Alle Verusche, zwischen den Arbeiterabgeordneten und den christlichen Arbeitern einen Keil zu treiben und das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihnen zu erschüttern, müssen von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften mit Nachdruck und Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Soziales.

— Staatliche Wohnungsfürsorge. Von 1895 bis 1909 sind in Preußen 119 Millionen Mark für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der im Staatsdienst beschäftigten Personen aus staatlichen Mitteln entnommen worden. In Frankfurt und Wororten wurden hiervon 2,411,920 Mark verwendet und zwar für 39 von der Eisenbahndirektion Frankfurt zum guten Teil errichtete oder doch geplante drei- und viergeschossige Häuser mit 471 Wohnungen, davon mit vier Räumen 329, mit drei Räumen 242 Wohnungen.

Krankenkassentag.

Man schreibt uns: Die diesjährige Hauptversammlung der freien Vereinigung badischer Orts-, Betriebs- und Zunftkrankenkassen (Vorort: Karlsruhe) findet am 18. und 19. September d. J. in Heidelberg statt und wird sich vorwiegend mit der kommenden Reichsversicherungsgesetzgebung beschäftigen. Nach den vorangegangenen Tagungen einer allgemeinen Krankenkassensammlung in Berlin im Mai d. J. und des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche im laufenden Monate in Bremen werden die badischen Verhandlungen von der Erkenntnis getragen sein, daß die Sozialversicherung nicht mehr eine bloße Organisation der Versicherten ist, sondern einer der wichtigsten Bestandteile des ganzen Lebens unseres Volkes und der Grundpfeiler der gesamten Volksgesundheitspflege in rascher natürlicher Entwicklung geworden ist. Der Entwurf genügt, trotzdem er als Gesamtwerk einen Fortschritt für die Sozialversicherung darstellt, nicht den berechtigten Interessen aller Beteiligten und namentlich nicht dem Geiste einer auf freiwilliger Selbstverwaltung aufgebauten Sozialversicherung. Es sieht zu erwarten, daß die Heidelberger Versammlung von der Reform nicht eine Reaktion, sondern einen Fortschritt auf dem betreffenden Gebiet verlangt, und ist hiernach eine rege Beteiligung seitens der bestehenden Orts-, Betriebs- und Zunftkrankenkassen an den Verhandlungen zu erhoffen. Den Verbände noch nicht beigetretenen Klassen ist zu empfehlen, sich alsbald beim Vorort Karlsruhe anzumelden, damit solchen noch rechtzeitig eine Einladung zur gedachten Tagung zugehen kann.

Arbeiterzeitung.

Offener Brief.
An den Großh. Bad. Landeskommissar Strauß in Konstanz.

Sie veröffentlichen in einer Reihe von Tages- und Amtsblättern eine Erklärung, die geeignet ist, den Anschein zu erwecken, als seien die von uns veröffentlichten Vereinbarungen betr. die Vermeidung des Streiks in den Altmünnerwerken nicht richtig.

Wir haben demgegenüber zu erklären, daß die von Ihnen aufgestellten Positionen im wesentlichen, von einigen unrichtig wiedergegebenen Sätzen abgesehen, nur die Grundlage abgeben, auf der die Verhandlungen gepflogen werden sollten und auch tatsächlich gepflogen worden sind.

Da Sie in Ihrer Erklärung in den einleitenden Sätzen selbst betonen, daß auf der erwähnten Grundlage die Einigung zustande kam, möchten wir Sie im Interesse der Verhütung von Mißverständnissen der getroffenen Vereinbarungen sehr dringend bitten, nun auch die Kommentare, das heißt, das der Öffentlichkeit übermitteln zu wollen, was auch nach Ihrer Ansicht tatsächlich auf der von Ihnen veröffentlichten Grundlage bewilligt wurde.

Wir geben zu, daß eventuell in den Mitteilungen Engels an die Tagespresse für Sie insofern unverständliche Wortverbindungen enthalten sind, als keine schriftlich fixierten, von beiden Seiten duraberalenen wörtlich übereinstimmenden Sätze festgelegt wurden.

Sie selbst hielten ja eine solche Fixierung der Abmachungen nicht für notwendig. Auf die diesbezüglichen Bedenken, die von der Streikkommission deshalb erhoben wurden, erklärten Sie den Leuten doch, daß, wenn Sie den Leuten das sagen würden, dies auch glauben könnten, daß es zugestanden sei und auch gehalten werde. Wir haben Ihre Mission beim Abschluß des Streiks als Friedensvermittlung betrachtet. Im Interesse der allseitigen Anerkennung dieses Charakters Ihrer Mission liegt es, alles anzudeuten, daß von keiner Seite an dem tatsächlichen Charakter derselben Zweifel aufgenommen können.

Wir meinen damit sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber und die mit der Arbeiterschaft sympathisierende Bürgerschaft Abseinfeldens und der gesamten Umgebung, in deren Interesse wir eine Kommentierung der von Ihnen veröffentlichten Grundlage ebenso dringend für notwendig halten.

Ferner erscheint dieses noch um so notwendiger aus dem Grunde, als der eben geschlossene Friede erhalten bleibt und die eben abgeklungene Erbtirung der Bevölkerung nicht wieder aufs neue in erhöhtem Maße entkadt wird.

Durch die Erklärung Ihrerseits hat sich die Streikkommission trotz der falschen Kommentare, die an diese geknüpft wurden, bisher nicht beirren lassen.

It sie doch der einmütigen Ansicht, daß das, was durch den Kollegen Engel der Öffentlichkeit übermittelte wurde, vollauf den Tatsachen entspricht. Wie sie nicht gekommen und in der Lage ist, sich durch irgendwelche anderweitigen Veröffentlichungen von dieser Ueberzeugung abbringen zu lassen, wird sie ebenso auf der Erfüllung der tatsächlich gemachten Zusicherungen unter allen Umständen bestehen.

In der Ueberzeugung, daß es auch Ihnen nicht gleichgültig sein kann, wie sich die Verhältnisse zwischen den Arbeitern und der Leitung der Altmünnerwerke in Zukunft gestalten,

zeichnen
Emil Engel, Wilh. Thelen, Herrn. Kammerer,
Gewerkschaftssekretäre.

Solidarität oder Brutalität?

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in der Nummer vom 6. Juli 1909 einen Artikel aus Pforzheim, der von Anschreitungen streifender Maurer gegenüber arbeitssuchenden Steinbleibern handelte. Gewerkschaftsbeamter Bernhard von Pforzheim fühlte sich durch den Artikel beleidigt und klagte, worauf am 20. August 1909 ein Veraleich abgeschlossen wurde, dessen § 1 folgendermaßen lautet:

Der Beschuldigte erklärt, daß er die Schilderung, die der Privatkläger von dem Vorgang, wie er in dem Artikel des „Badischen Beobachters“ vom 6. Juli 1909 unter der Ueberschrift „Solidarität oder Brutalität“ geschildert ist, wonach bei dem fraglichen Vorgang nicht etwa 50, sondern nur etwa 8 streifende Maurer beteiligt gewesen sind, und wonach der Privatkläger nicht darunter, auch nicht bei den angeblichen Anschreitungen zugegen war, Glauben schenkt, und daß er hiernach den in dem Artikel gemachten Vorwurf: „Dem Streikleiter Bernhard sei es nicht eingefallen, gegenüber den Anschreitungen der streifenden Maurer zur Ordnung zu mahnen und er sei nicht eingeschritten“, für ungerechtfertigt ansieht.

Er erklärt weiter, daß der in dem Artikel erhobene Vorwurf der Brutalität hiernach dem Privatkläger nicht gemacht werden kann.

